

Linz, am 24. April 2019

Betriebsrätinnen und Betriebsräte
mehrerer Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe Oberösterreich

Offener Brief
An
Landeshauptmann Thomas Stelzer
Landesrätin Birgit Gerstorfer

Sehr geehrte Frau Landesrätin Gerstorfer MBA!
Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Mag. Stelzer!

Wir, die BetriebsrätInnen der Wohnungslosenhilfe (WLH) Oberösterreich, wenden uns zutiefst besorgt über die langfristigen und nicht mehr wiedergutzumachenden Auswirkungen der geplanten Kürzungen in der WLH OÖ an Sie.

Im Rahmen des 2015 eingeschlagenen Einsparungspfads des Landes Oberösterreich wurden bereits erhebliche Kürzungen im Sozialbereich beschlossen. Die diesbezüglichen Verhandlungen wurden, wie Sie wissen, zwischen dem Land Oberösterreich und der Interessensvertretung der Sozialunternehmen im psychosozialen und im Behindertenbereich geführt. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen treffen auch die Wohnungslosenhilfe als vergleichsweise kleines Rad, mit jedoch großer Wirkung im sozialen Gefüge Oberösterreichs. Deshalb hat sich die WLH an Aktionen der betroffenen MitarbeiterInnen, der Gewerkschaft, der KlientInnen und der Zivilgesellschaft in den letzten Jahren stets solidarisch beteiligt.

Die Träger der WLH OÖ wurden mit dem Ergebnis aus diesen Verhandlungen, das die Grundlage für neue Leistungsverträge bildet, vor - wie sich mittlerweile herausgestellt hat - so gut wie unverhandelbare Tatsachen gestellt.

In der WLH OÖ sollen ab 2020 nun rund 500.000 Euro gestrichen werden. Dies soll unter anderem mit Kürzungen bei den Personalkosten erreicht werden. Als BetriebsrätInnen sehen wir uns dazu verpflichtet, Sie auf die sich daraus ergebenden Konsequenzen aufmerksam zu machen.

Der Wert der Arbeit der in diesem Bereich tätigen, gut ausgebildeten Menschen soll durch die vom Land OÖ vorgegebenen Einsparungsmaßnahmen herabgesetzt und geringer bezahlt werden. Laut dem Kollektivvertrag der Sozialwirtschaft werden ausgebildete SozialarbeiterInnen in der Verwendungsgruppe 8 eingestuft. Das Land will diese Arbeit nun abwerten, indem es künftig einen Mix der Verwendungsgruppen schafft. Hierbei sollen z.B. in der Delogierungsprävention MitarbeiterInnen zu 72% in der Gruppe 8 und zu 28% in der Gruppe 7 eingestuft werden.

Wir möchten klarstellen, dass sich die ArbeitgeberInnen in der WLH OÖ stets um ein gutes Arbeitsklima bemühen und es - trotz laufender Streichung der Ressourcen seitens des Landes OÖ - mit Müh, Not, und viel Kreativität schaffen, faire Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

Wenn auch unsere Arbeitsplätze durch den Einsatz der ArbeitgeberInnen im Moment gesichert sein mögen, fürchten wir um eine Abwertung unseres Berufsstandes. Mit dem in Zukunft vom Land zur Verfügung gestellten Budget wird es zu Arbeitsplatzverlusten kommen, da sich vor allem kleinere Vereine ihre MitarbeiterInnen nicht mehr leisten werden können. Es wird dadurch zu Arbeitsverdichtung und somit zu einem Qualitätsverlust in der Sozialen Arbeit kommen. Eine geringere Bezahlung zukünftiger SozialarbeiterInnen könnte einen

Fachkräftemangel im Dienst an der Gesellschaft zur Folge haben, welcher ohnehin in einigen Bereichen der Pflege und des Sozialen bereits besteht.

Die Wohnungslosenhilfe in Österreich arbeitet bereits jetzt auf einem Mindeststandard, der im Gegensatz zu anderen sozialen Leistungsbereichen in den letzten Jahren nicht gewachsen ist. Sie trägt mit ihren Beratungs- und Betreuungsangeboten ohnehin dazu bei, das Sozialsystem finanziell zu entlasten. Diese Arbeit passiert auf fachlich hohem Niveau und mit geringen Ressourcen.

Es gab 2017 eine Studie der WU Wien im Sozialressort des Landes Oberösterreich, die aufzeigte, dass in dem in OÖ gut ausgebauten Sozialsystem Einsparungen nur unter Qualitätsverlust und auf Kosten der KlientInnen möglich sind (Sozialressort 2021+ - Ergebnisse der externen Evaluierung). Die geplanten Einsparungsmaßnahmen in der Wohnungslosenhilfe stellen eine Verhöhnung der dort tätigen KollegInnen und sozial und wirtschaftlich benachteiligter Menschen dar.

- Wir fragen uns und Sie, wie Sie diese Kürzungen rechtfertigen können vor dem Hintergrund eines Überschusses des Landes OÖ von 88 Mio. Euro im Jahr 2018? (Bericht in den OÖ Nachrichten vom 4. April 2019)
- Wie stellen Sie sich unsere Arbeit in Zukunft vor, wenn jenen Organisationen, die sich für die Schwächeren in unserer Gesellschaft einsetzen, wichtige Ressourcen genommen werden?
- Wie stellen Sie sich das Zusammenleben in unserem Bundesland zukünftig vor, wenn die Rahmenbedingungen, die für ein gutes Leben in unserer Gesellschaft notwendig sind, nach und nach abgebaut werden?

Wir fordern Sie dringend auf, die im gesamten Sozialbereich in Oberösterreich notwendigen (und vorhandenen) finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit wir auch in Zukunft andere bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen und nachhaltig gute soziale Arbeit leisten können!

Für Rückfragen steht Ihnen DSA Gerhard Gahleitner (BRV Arge für Obdachlose) unter 0688/8127761 gerne zur Verfügung!

Gezeichnet:

DSA Gerhard Gahleitner (BRV Arge für Obdachlose)

DSA Wolfgang Heller (BR Arge für Obdachlose)

Birgit Hinterberger MA (BR Arge für Obdachlose)

Daniel Steiner (BRV Verein B37)

Franz Fend (BR Verein B37)

Mag. (FH) Paul Pupp (BRV Caritas für Menschen in Not)

Mag. Josef Kiesenhofer (Stv. BRV Caritas für Menschen in Not)

Caroline Thürridl MA (BRV Verein Wohnplattform)

DSA Karl Fischl-Kemetmüller (BR Verein Wohnplattform)

Jacqueline Schaufler (BRV Verein Wohnen Steyr)